

Helmut Nuhn

**Die Kleinstaaten Zentralamerikas
im Entwicklungsprozess.
Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung
seit der Mitte des 20. Jahrhunderts**

Bezogen auf die Landesfläche, Ressourcenausstattung und Bevölkerungszahl gehören die Länder Zentralamerikas zu den Kleinstaaten und im Hinblick auf ökonomische und soziale Kennziffern zu den Entwicklungsländern (vgl. Abb. 1 u. Tab. 1). International Beachtung gefunden hat der zunächst positiv verlaufene Zusammenschluss zu einer Wirtschaftsgemeinschaft und der spätere Zerfall mit sozialen Unruhen und Bürgerkriegen, die ideologischen Ost-West-Auseinandersetzungen zugeordnet wurden (LaFeber 1984; Brockett 2005). Abläufe, Ursachen und Folgen sind auch in deutschsprachigen Sammelbänden für eine breitere Öffentlichkeit dargestellt worden (Nuhn 1985; Bendel 1993; Sevilla/Torres 1995).

Nach dem weitgehenden Scheitern der auf Importsubstitution basierenden Industrialisierung und der regionalen Wirtschaftsintegration, die trotz wiederholter Ankündigung in vier Jahrzehnten nicht zu einer funktionsfähigen Zollunion ausgebaut werden konnte, wird seit Ende der 1980er Jahre eine Strukturanpassung nach neoliberalen Vorstellungen verfolgt, welche den kleinen Ländern wirtschaftliche Erfolge durch die stärkere Integration in den Weltmarkt bringen soll (Nuhn 1995). Der mit der Öffnung nach außen verbundene globale Wettbewerb bringt aber für die nur schwach entwickelten Kleinstaaten im Vergleich zu großen Volkswirtschaften erhebliche Risiken.

Die hier verwendeten Begriffe klein und groß bzw. unterentwickelt und entwickelt beinhalten eine relative Aussage. Dies zeigt sich z.B. beim Vergleich der zentralamerikanischen mit den europäischen Kleinstaaten oder bei Gegenüberstellungen innerhalb derselben Gruppe. Länder können in einer Beziehung klein und unterentwickelt und in einer anderen groß bzw. fortgeschritten sein. Das Beispiel Costa Rica verdeutlicht, dass im Gesundheits- und Bildungssektor auch im Vergleich mit Europa hervorragende, aber im Wirtschaftsbereich eher bescheidene Kennziffern erreicht werden, die aller-

Tab. 1: Strukturdaten der Kleinstaaten Zentralamerikas

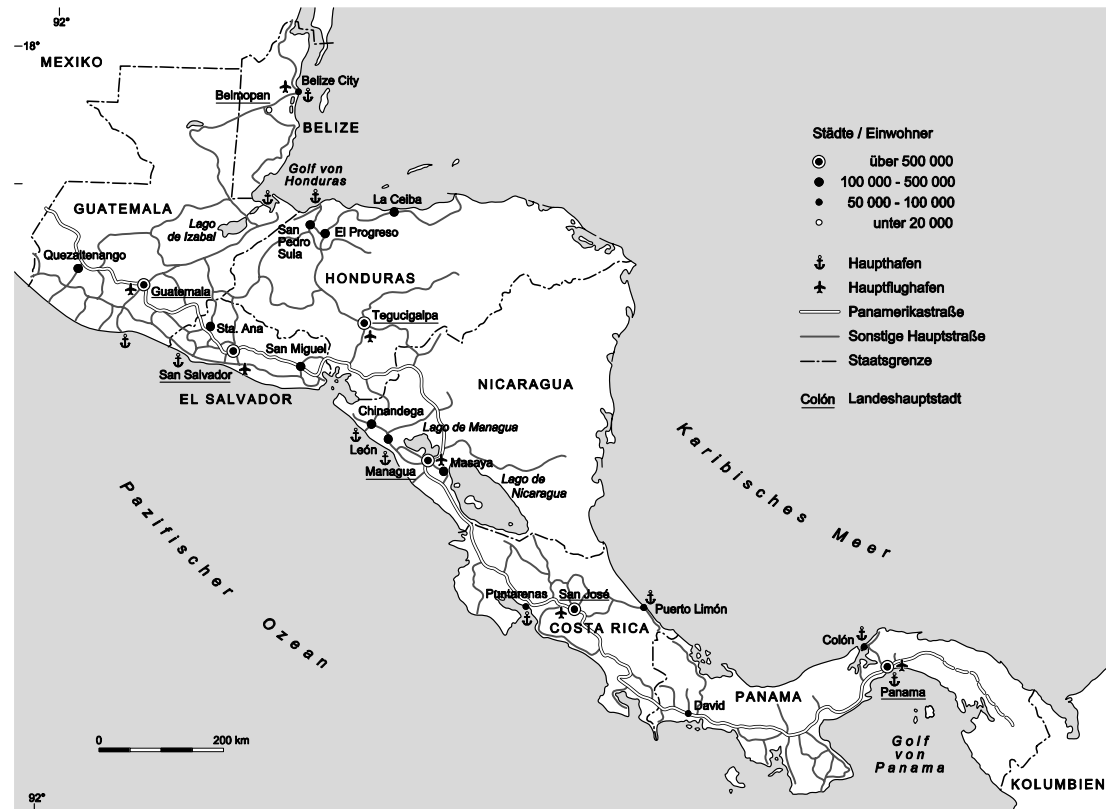
Indikator/Land	Guatemala	Belize	El Salvador	Honduras	Nicaragua	Costa Rica	Panama
Einwohnerzahl** (2004, in 1000)	12.389	261	6.757	7.174	5.375	4.245	3.172
Landesfläche km ² ****	108.889	22.965	21.041	112.492	120.254	51.100	75.517
Politische Gliederung	22 Depart- ments	6 Distrikte	14 Depart- ments	18 Depart- ments	16 Depart- ments	7 Provin- zen	9 Provin- zen
Landeshauptstadt Einwohner ****	Guatemala 1.022.000 (‘01)	Belmopan ^a 8.130 (‘00)	San Salva- dor 610.700 (‘95)	Tegucigalpa 1.037.600 (‘00)	Managua 1.039.000 (‘01)	San José 345.600 (‘00)	Panamá 708.438 (‘00)
Anteil der Stadtbevölkerung (Schätzung für 2005)**	39,9%	48,6%	57,8%	52,1%	56,7%	52,3%	59,5%
Landeswährung (außer dem US\$)	Quetzal (Q)	Belize Dollar (Bz\$)	El Salvador Colón (C; US\$)	Lempira (L)	Córdoba (C\$)	Costa Ri- ca Colón (C)	Balboa (B, US\$)
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. US\$, 2003) *	24,7	1,0	14,9	7,0	4,1	17,4	12,9
Anteil der Wirt- I schaftssectoren II am BIP (2004)*** III	23% 19% 58%	18% 16% 67%	9% 31% 60%	13% 32% 55%	21% 25% 54%	9% 30% 61%	7% 13% 80%
BIP pro Einwohner in Kauf- kraftparitäten (US\$, 2003)*	4.148	6.950	4.781	2.665	3.262	9.606	6.854
Alphabetisierungsgrad der Erwachsenen (2003)*	69,1%	76,9%	79,7%	80,0%	76,7%	95,8%	91,9%

Indikator/Land	Guatemala	Belize	El Salvador	Honduras	Nicaragua	Costa Rica	Panama
Lebenserwartung bei Geburt (2003)*	67,3	71,9	70,9	67,8	69,7	78,2	74,8
Anteil der Bevölkerung unter der nationalen Armutsgrenze (1990-2002)*	56,2%	k.A.	48,3%	53,0%	47,9	22,0%	37,3%

- a) Der neue Regierungsbesitz ist klein geblieben, während die ehem. Hauptstadt Belize City mit 49.050 Einwohnern (2000) bis heute die größte Stadt und das Wirtschaftszentrum bildet.

Quellen: * UNDP: *Human Development Report 2005*. New York.
 ** CEPAL: *Anuario Estadístico de América Latina y el Caribe 2004*. Chile.
 *** CIA: *The World Factbook 2005* <www.odci.gov> (14.09.2005).
 **** *Fischer Weltalmanach 2005*. Frankfurt/Main.

Abbildung 1



dings auf der zentralamerikanischen Ebene positiv hervortreten. Nicht nur in ökonomischer Hinsicht ergeben sich für kleine Länder strukturelle Benachteiligungen (Reyes 2003).

1. Ökonomische, politische und soziale Konsequenzen der Kleinstaatlichkeit

Eine direkte Folge der geringen **Landesfläche** stellen die eingeschränkten natürlichen Ressourcen dar. Mineralische Bodenschätze und Energieträger kommen folglich in den Kleinstaaten Zentralamerikas nur in Ausnahmen und nicht in größerer Menge und Differenzierung vor. Hieraus resultiert ein ausgesprochenes Rohstoffdefizit, das insbesondere bei den fossilen Energieträgern eine Benachteiligung für die Entwicklung darstellt. Besondere Probleme erwachsen aus der geringen Kapazität der **Binnenmärkte** für die Herstellung von Industriegütern und für höhere Dienstleistungen. Eine kostengünstige Fertigung vieler Erzeugnisse ist wegen der begrenzten Aufnahmefähigkeit des eigenen Binnenmarktes nicht möglich, wodurch auch auswärtige Investoren zurückgehalten werden. Dies trifft insbesondere für komplexere Maschinen und hochwertige Produkte zu. Bereits der Ausstoß einer optimal ausgelegten Zementfabrik kann in einem Kleinstaat wie Belize nicht abgesetzt werden, und die suboptimale Produktionsmenge bzw. die “diseconomies of scale” verursachen 10-20% höhere Kosten. Auch wenn der Inlandsmarkt ein oder zwei entsprechende Betriebe optimaler Größe trägt wie in Honduras, können sich Nachteile für den Käufer ergeben, weil es zu Marktaufteilungen kommt und der aus Konkurrenz erwachsene Wettbewerb fehlt. Monopolisierungen und Absprachen verhindern günstige Verkaufspreise und stehen einer Steigerung der Produktivität im Wege.

Häufig bestimmen wenige **multinationale Unternehmen**, deren Jahresetat das Budget eines Kleinstaates um ein Vielfaches übersteigt, das gesamte Wirtschaftsleben und sind wegen der internationalen Verflechtung kaum von den politischen Akteuren im Inland zu beeinflussen. In Zentralamerika haben die großen Plantagensellschaften wie die United Fruit Co. zeitweise eine solche Bedeutung erlangt, was auch in der hiermit im Zusammenhang stehenden Bezeichnung “**Bananenrepublik**” anklingt. Ein Beispiel aus neuerer Zeit ist die Ansiedlung einer großen Chipfabrik durch INTEL in Costa Rica, welche die Außenhandelsbilanzen stark verändert hat, so dass die Statistiken ohne Berücksichtigung dieser Tatsache ein irreführendes Bild vermitteln. Die großen international tätigen Unternehmen haben ihre Produktionssysteme fragmentiert, um Kostenvorteile in unterschiedlichen Ländern

nutzen zu können. Der dadurch wachsende grenzüberschreitende Handel ist als firmeninterner Austausch kaum durch staatliche Regelungen zu beeinflussen.

Die ungünstigen Produktionsvoraussetzungen auf dem Binnenmarkt bedingen für eine größere Zahl hochwertiger Konsum- und Investitionsgüter eine ausgeprägte **Importabhängigkeit** und fördern zugleich die Spezialisierung auf eine geringe Zahl von Exportprodukten. Hieraus erwächst eine im Vergleich zu größeren Ländern überproportionale Bedeutung des Außenhandels (Kuznets 1960; Easterly/Kraay 2000). Mit der strukturellen Außenabhängigkeit verbunden ist zumeist eine Konzentration auf wenige **Exportgüter** und wenige Abnehmerländer. Die Außenhandelsstatistiken der Kleinstaaten Zentralamerikas wiesen bis in die 1980er Jahre insbesondere Kaffee und Bananen aus, die vorwiegend in die USA und nach Westeuropa exportiert wurden. In jüngerer Zeit sind Lohnveredelungsprodukte der Bekleidungsindustrie hinzugekommen. Dabei handelt es sich vorwiegend um Stoffe, die in Nordamerika produziert und zugeschnitten werden und nach der Bearbeitung in den Zollfreizonen wieder dorthin reexportiert werden. Bei einer solchen Einbindung und dem geringen absoluten Anteil an der Weltmarktbeflieferung ergeben sich für kleine Länder zumeist keine Einflussmöglichkeiten auf die Preisgestaltung und die Regulierung der Märkte. Neben den Absatzschwankungen wirken sich besonders die Preis- und Wechselkursbewegungen sowie die Inflationsraten negativ aus. Hinzu kommen internationale Lieferquoten und Einfuhrbeschränkungen wie z.B. die 1994 eingeführten EU-Bananenmarktquoten, welche die zentralamerikanischen Länder und die traditionellen Exportfirmen benachteiligten und die erst nach mehreren Schiedssprüchen der WTO zurückgenommen werden mussten.

Neben den Besonderheiten der Wirtschaftsstruktur der kleinen Länder gibt es politische, demographische und **soziale Konsequenzen** der Kleinstaatlichkeit, die für eine Beurteilung der Entwicklungsprobleme von Bedeutung sind. Theoretisch bieten kleine Territorien für eine direkte Beteiligung des Bürgers am politischen Geschehen gute Voraussetzungen, in der Praxis sind aber solche idealistischen demokratischen Verhältnisse in Entwicklungsländern kaum verwirklicht. Meist kontrollieren kleinere **isolierte Eliten** aus Militär und traditionsreichen Familien das politische System und die Verwertung der Ressourcen. Eine Trennung zwischen privaten und öffentlichen Interessen erfolgt durch die Machthaber nur selten, die soziale Mobilität wird erschwert und die Entwicklung oppositioneller Gruppen verhindert. Ein extremes Beispiel hierfür stellen die Familiendynastien in El Salvador

und der Somoza-Clan in Nicaragua dar, der 40 Jahre herrschte und erst durch einen längeren Bürgerkrieg vertrieben werden konnte (Dunkerley 1988).

Kleinstaaten sind auch für die Finanzierung **öffentlicher Aufgaben** stärkeren Beschränkungen unterworfen als größere Länder mit ähnlicher staatlicher Organisation. Dies trifft nicht nur für die politischen Institutionen zu, sondern auch für das Bildungs- und Gesundheitswesen. Qualitativ hochwertige, spezialisierte Fachhochschulen, Forschungseinrichtungen und Gesundheitszentren lassen sich mit den verfügbaren Haushaltsmitteln nicht nachhaltig finanzieren. Die Anzahl und innere Differenzierung der Institutionen ist deshalb geringer als in größeren Ländern, das intellektuelle und kulturelle Leben begrenzter. Herkunft und Familienzugehörigkeit haben bei der Besetzung von Führungspositionen oft größeres Gewicht als berufliche Qualifikationen. Im Ausland ausgebildete Fachkräfte kehren häufig nicht zurück. Hieraus resultiert ein *brain drain* hochqualifizierter jüngerer Nachwuchskräfte. Forschung und technologische Weiterentwicklung besitzen eine zu schmale Basis. Ein verengtes geistiges und kulturelles Milieu und das Fehlen einer diversifizierten offenen Gesellschaft haben bisher auch in den Kleinstaaten Zentralamerikas nachhaltige Aktivitäten zur Überwindung der Strukturschwächen behindert. Hinzu kommt ein Handicap, das aus der isolierten Lage, der begrenzten Zahl eigener Auslandsvertretungen und dem Mangel an direkten Informationen über das Weltgeschehen resultiert. Hierdurch ergeben sich Verzögerungen bei der Modernisierung und Einführung von Neuerungen.

Den aufgeführten strukturellen Nachteilen der Kleinstaatlichkeit können auch gewisse Vorteile gegenübergestellt werden (Streeten 1993; Armstrong/Reed 1998), die aber in der Regel nur unter bestimmten Rahmenbedingungen wirksam werden. Kleine Länder weisen in vieler Hinsicht eine stärkere Homogenität, Überschaubarkeit und Kohäsion auf, die bei einer demokratisch organisierten Gesellschaft mit sozialen Sicherungssystemen und leistungsfähigen Institutionen rascher und flexibler auf Herausforderungen reagieren und Neuerungen begünstigen. Im Hinblick auf Zentralamerika würde das bedeuten, dass die Qualität politischer Institutionen und die Zuverlässigkeit der öffentlichen Verwaltung erhöht werden müsste, um interne Konflikte besser auszugleichen und ausländische Hilfsleistungen sowie Direktinvestitionen effizienter umsetzen zu können. Die Chancen der Globalisierung ließen sich damit schneller erfassen und Risiken rechtzeitig erkennen und mildern. Nach diesen Überlegungen müsste eigentlich eine Qualifikationsoffensive für öffentliche Institutionen in kleinen Ländern Priorität haben.

Allerdings werden gegenwärtig staatliche Einrichtungen stark abgebaut, wodurch die Verwundbarkeit der labilen Volkswirtschaften durch interne Konflikte und konjunkturelle Schwankungen des Weltmarktes verstärkt wird (Bräutigam/Woolcock 2001).

Neben den spezifischen Problemen kleiner Länder gibt es auch in Zentralamerika generelle Entwicklungsprobleme, die aus dem demographischen Prozess sowie der sozioökonomischen Dynamik resultieren und sich in der Regionalentwicklung dokumentieren.

2. Bevölkerungsentwicklung und demographische Struktur

Im Rahmen der Entwicklungsproblematik nimmt das Bevölkerungsproblem auch in Zentralamerika eine Schlüsselstellung ein (Pebley/Rosero-Bixby 1997). Ein wichtiges Merkmal ist die starke Zunahme. Die **Einwohnerzahl** auf der Landbrücke, die Anfang des vorigen Jahrhunderts bei nur 4 Mio. lag, erreichte im Jahre 2004 ca. 40 Mio. In Abständen von annähernd 25 Jahren hat sich die Bevölkerungszahl jeweils verdoppelt (vgl. Tab. 2). Das bevölkerungsreichste Land mit 12,4 Mio. Einwohnern ist Guatemala, das ein knappes Drittel der Bewohner der Landbrücke beheimatet.

Tab. 2: Bevölkerung der Länder Zentralamerikas 1960-2020

Land	Bevölkerung in 1.000 (Jahresmitte)					
	1960	1970	1980	1990	2000	2020
Belize	93	123	146	186	226	306
Guatemala	3.963	5.243	6.820	8.749	11.385	18.123
El Salvador	2.578	3.598	4.547	5.110	6.276	8.534
Honduras	1.894	2.592	3.569	4.879	6.485	9.865
Nicaragua	1.493	2.054	2.790	3.824	5.071	7.937
Costa Rica	1.236	1.731	2.284	3.049	4.023	5.292
Panama	1.126	1.506	1.950	2.398	2.856	3.622
Insgesamt	12.383	16.847	22.106	28.195	36.322	53.679

Quelle: CELADE: *Boletín Demográfico*, Nr. 69 (2002).

Die absoluten Zahlen gewinnen an Aussagekraft, wenn sie in Relation zur Landesfläche gesetzt werden. Es ergeben sich daraus sehr unterschiedliche Bevölkerungsdichtewerte. Während 1970 in Honduras, Nicaragua und Panama nur 14 bis 26 Bewohner pro Quadratkilometer lebten, betrug die Vergleichszahl für El Salvador 170 und liegt gegenwärtig bei annähernd 300.

Markante Unterschiede zwischen Verdichtungsräumen, Dispersionszonen und siedlungsleeren Gebieten ergeben sich im Hinblick auf die Bevölkerungsverteilung (Nuhn et al. 1975). Bei großräumiger Betrachtung lässt sich auf der Landbrücke ein Intensitätsgefälle zwischen dem Nordwesten und Südosten bzw. zwischen der West- und Ostküste feststellen, doch auch hierbei bleibt eine mosaikartige Kammerung erkennbar, die verursacht wird durch unterschiedliche Einflussfaktoren der Naturausstattung, Siedlungsentwicklung und Wirtschaftsintensität.

Im nördlichen und mittleren Teil Zentralamerikas befinden sich die Siedlungskernräume vornehmlich in den agrarischen Vorzugsgebieten des Hochlandes und der pazifischen Abdachung mit ihren Vulkanketten, wo auch schon in vorspanischer Zeit indianische Bevölkerungskonzentrationen bestanden. Auch die Landeshauptstädte liegen im Bereich der agraren Ballungsräume (Sandner 1969). Jünger sind einige Verdichtungen in den Plantagegebieten im Osten von Costa Rica und Honduras sowie im Bereich des Panamakanals. Größere Teile der immerfeuchten Niederungen und wechselfeuchten Bergländer im karibischen Bereich sind bis heute nahezu unbewohnt, ebenso wie unterschiedlich breite versumpfte Küstenstreifen am Pazifik. Inselartig in diese Zone eingelagert sind kleinere Hafenstädte, Plantagegebiete und ehemalige Bergbauorte wie Siuna und Bonanza in Nicaragua. Zwischen den Ballungsräumen und siedlungsleeren Gebieten liegen meist Dispersionszonen, in denen Großgrundbesitz mit Viehwirtschaft oder bäuerliche Subsistenzwirtschaft in Form der "shifting cultivation" vorherrschen. Hierzu gehören die zentralen Bergländer von Honduras und Nicaragua, das nördliche Hochland von Guatemala sowie Gebiete im Tiefland von Costa Rica und Panama.

Veränderungen der Bevölkerungszahl werden im Wesentlichen durch drei Faktoren bestimmt: Geburtenzahl, Sterbefälle und Wanderungen. Zu- und Abwanderungen sind im Vergleich zu den beiden anderen Faktoren in den letzten Jahrzehnten wegen der Bürgerkriege in Nicaragua, El Salvador und Guatemala von Bedeutung gewesen. Die mittleren jährlichen Zuwachsraten, die zwischen 1920 und 1940 nur bei 1,8% lagen, stiegen im Nachkriegsjahrzehnt auf über 3%, was auf die Entwicklung der Geburten- und Sterbefälle zurückzuführen ist. Erst zu Beginn der achtziger Jahre überlagern die Fluchtbewegungen die natürliche Bevölkerungsbewegung (vgl. Tab. 3).

**Tab. 3: Bevölkerungswachstum der Länder Zentralamerikas
1950/55-2000/05**

Land	Wachstumsraten in ‰						
	1950-55	1960-65	1970-75	1980-85	1990-95	1995-00	2000-05*
Belize	29,8	28,2	17,3	25,2	17,9	21,7	21
Guatemala	28,9	28,3	27,5	25,3	26,3	26,4	25
El Salvador	26,2	31,1	27,1	7,8	20,7	20,4	18
Honduras	30,9	33,8	30,3	31,9	29,5	27,5	25
Nicaragua	30,2	31,9	32,5	30,6	29,3	27,2	20
Costa Rica	34,7	36,2	25,7	29,1	30,7	24,8	19
Panama	25,5	29,0	26,7	21,2	18,6	16,4	18

Quelle: CELADE: *Boletín Demográfico*, Nr. 69 (2002).

* CEPAL: *Anuario Estadístico de América Latina y el Caribe 2004* (Schätzung).

Generell lässt sich für alle Länder bereits seit 1920 ein deutliches Absinken der Sterberate feststellen. Es wird verursacht durch die Verbesserung der hygienischen Verhältnisse und der medizinischen Versorgung. Seit den 1930er Jahren werden erfolgreiche Kampagnen gegen weitverbreitete Tropenkrankheiten wie Malaria und andere Seuchen durchgeführt und eine bessere Betreuung und Ernährung der Schwangeren und Babys gefördert, wodurch insbesondere die Säuglingssterberate drastisch reduziert werden konnte. Für den Gesamtraum sank die Sterberate von 21,6 in 1950/55 auf 6,3 in 1995/ 2000. In den einzelnen Ländern ergibt sich dabei eine abweichende Situation, wie die Gegenüberstellung der Angaben für Costa Rica und Panama mit niedrigen Werten sowie Honduras und Guatemala mit hohen belegt (vgl. Tab. 4). Die günstige Lage in Costa Rica wird bedingt durch den hohen Bildungsstand, eine fortschrittliche Sozialgesetzgebung und die relativ ausgeglichene ökonomische Situation. In Panama hat sich auf dem Gesundheitssektor der Einfluss der USA-Kanalzone positiv ausgewirkt. Die negative Situation in Honduras und Guatemala wird durch die hohen Anteile einer unterversorgten, teilweise noch indianisch geprägten Bevölkerung bedingt.

Die Entwicklung der Geborenenziffer zeigt keinen einheitlichen Verlauf wie bei den Sterbeziffern. Für Costa Rica und Guatemala lässt sich seit Mitte der 1930er Jahre eine starke Zunahme ablesen, die in den 1950er Jahren ihren Höhepunkt erreichte und wieder absank. In El Salvador und Panama begann der Anstieg erst nach dem Zweiten Weltkrieg, erreichte seinen Höhepunkt in den 1960er Jahren, um dann erneut zu sinken. Für den Gesamt-

raum verringert sich die Geborenenziffer zwischen 1950/55 und 1965/70 um fünf Punkte, hierbei wird aber die Phasenverschiebung zwischen den einzelnen Ländern verschleiert (vgl. Tab. 4). In 1950/55 zeigen sich starke Unterschiede zwischen den südlichen und nördlichen Ländern, die auch in 1990/95 noch deutlich hervortreten. Die Sonderstellung Costa Ricas wird durch den relativ hohen Bildungs- und Entwicklungsstand begründet, der eine deutliche Absenkung der Geburtenrate insbesondere bei den jüngeren Frauen bewirkt hat.

**Tab. 4: Sterbe- und Geburtenraten der Länder Zentralamerikas
1950/55-2000/05**

Land	Bruttosterberaten in ‰				Bruttogeburtsraten in ‰			
	1950- 1955	1970- 1975	1990- 1995	2000- 2005*	1950- 1955	1970- 1975	1990- 1995	2000- 1995*
Belize	12,6	7,3	4,9	5,3	49,6	40,2	33,1	32
Guatemala	22,4	13,5	8,1	6,1	51,3	44,6	38,6	44
El Salvador	19,8	11,1	6,7	5,9	48,1	42,7	29,6	29
Honduras	22,8	13,4	6,1	5,1	52,8	46,9	37,1	37
Nicaragua	22,7	12,5	6,4	5,1	54,2	47,2	38,0	37
Costa Rica	12,6	5,8	3,8	4,0	47,3	31,5	25,3	23
Panama	13,3	7,5	5,3	5,1	39,9	35,6	25,0	27

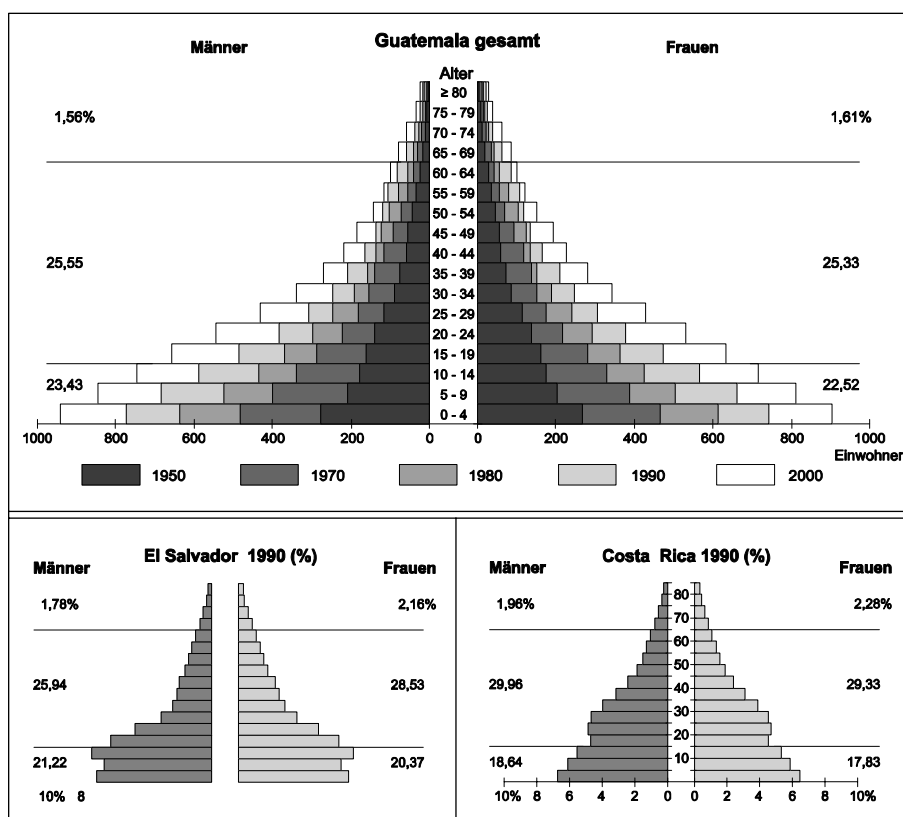
Quelle: CELADE: *Boletín Demográfico*, Nr. 69 (2002).

* UNDP: *Human Development Report 2004* (Schätzung).

Bedingt durch die natürliche Bevölkerungsbewegung in der Nachkriegszeit ergibt sich eine deutliche Verschiebung der **Altersstruktur**, die am Beispiel von Guatemala in absoluten Zahlen verdeutlicht wird (vgl. Abb. 2a). Die nach außen wachsende fast symmetrische Pyramide mit sich verbreitender Basis als Kennzeichen für die Jugendlichkeit der Bevölkerung ist das Ergebnis der seit den 1950er Jahren ansteigenden Geburtenziffer bei gleichzeitigem Sinken der Säuglingssterblichkeit. Der Anteil der unter 15-Jährigen ist auf 46% erhöht. Es ergeben sich deshalb gravierende Probleme für den Bildungsbereich und für den Arbeitsmarkt. Die abhängige, zu versorgende Bevölkerung macht annähernd 50% der Einwohner aus. Sehr ähnlich stellt sich die Altersstruktur für Honduras und Nicaragua dar, während die Basis der Pyramide für Panama und Costa Rica mit nur ca. 35% der unter 15-Jährigen schmaler ist und sich mit ca. 5% der über 65-Jährigen bei höherer Lebenserwartung an der Spitze verbreitert (Abb. 2c). In El Salvador ergeben sich

durch die Einwirkungen des Bürgerkrieges mit Verlusten in mittleren Altersgruppen (insbesondere bei den Männern) sowie reduzierten Geburtenzahlen und Abwanderungen ins Ausland deutliche Abweichungen (Abb. 2b). Der erneute Zuwachs der jüngeren Altersgruppen in Costa Rica kann durch die starke Zuwanderung von Nicaraguanern mit anderem generativen Verhalten erklärt werden.

Abbildung 2a-c



Die **Arbeitsbevölkerung** im Gesamttraum hat sich von 6 Mio. 1975 auf 14 Mio. im Jahre 2000 erhöht. Mit 30-50% der Beschäftigten (Costa Rica und Panama nur 20%) kommt dem Agrarsektor nach wie vor in den nördlichen Ländern die größte Bedeutung zu, auch wenn der Anteil am BIP nur noch zwischen 15 und 30% liegt. Die Industrie konnte zwar ihren Anteil am

Bruttosozialprodukt deutlich erhöhen, nicht aber entsprechende Arbeitsplätze bereitstellen (PREALC 1986). Dies hat sich erst mit der Ausbreitung der billigen Arbeitslöhne nutzenden *Maquila* seit den 1990er Jahren verändert (1996 ca. 800 Firmen u. 243.000 Beschäftigte). Bei einer sinkenden Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft wegen fortschreitender Mechanisierung und Rationalisierung bleiben die Bereiche Handel und Dienstleistungen als primäre Beschäftigungsmöglichkeit. Eine Sonderstellung nimmt in Ländern wie Guatemala und Costa Rica der Tourismus mit zeitweise hohen Zuwachsraten ein. Insgesamt bleibt aber ein hoher Grad an verschleierter und offener Arbeitslosigkeit. Der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung wurde bereits in den 1960er Jahren auf 22 bis 44% geschätzt. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, dass sich durch den Bevölkerungszuwachs in den letzten Jahren die Probleme zumindest quantitativ verschärft haben und in jüngerer Zeit eine zunehmende Abwanderung ins Ausland erfolgt.

Neben dem Problem des schnellen Bevölkerungswachstums, das alle Anstrengungen für eine Verbesserung der sozioökonomischen Situation der Länder bedroht, besteht ein von Land zu Land unterschiedlich gravierendes Problem der Integration **ethnisch-kultureller Minoritäten**, die zumindest im Falle Guatemalas eigentlich die Bevölkerungsmajorität bilden (Nuhn et al. 1975). Mit Ausnahme von Belize, wo kreolische Einflüsse überwiegen, stellt die Spanisch sprechende katholische, mehr oder weniger hellhäutige *ladino*-Bevölkerung die politisch, wirtschaftlich und kulturell dominierende Gruppe dar. In Guatemala ist die indianische Bevölkerung zwar annähernd gleich stark, aber weitgehend nur formal integriert. Die bestehende Polarität wird dadurch verstärkt, dass die *indígenas* vorwiegend auf dem Lande und die *ladinos* weitgehend in der Stadt leben, auch wenn sich in den letzten Jahren hier Veränderungen anbahnen. Die Fragen nach Selbstbehauptung und Integration der Indianer haben durch die Bürgerkriege in Guatemala und Nicaragua auch im internationalen Rahmen an Bedeutung gewonnen, worauf die Nobelpreisverleihung an Rigoberta Menchú hinweist.

In Nicaragua leben die autochthonen Bevölkerungsgruppen noch weitgehend isoliert in den östlichen Waldländern und Küstenregionen. Da sie stark durch Außeneinflüsse bestimmt worden sind und wiederholt mit fremden Mächten gegen die Zentralregierung koalitiert haben, sind sie bis heute nicht voll in den Nationalstaat integriert. Mit dieser Problematik sah sich auch die sandinistische Junta konfrontiert, der es nicht gelungen war, die im Nordosten lebenden Miskito in ihre Bewegung einzubeziehen und die erst

nach einem längeren Lernprozess bereit waren, teilweise eine Autonomie zu gewähren. Grundsätzlich ähnlich ist die Situation in Honduras, Costa Rica und Panama, wo die Indianergruppen aber an Zahl vergleichsweise geringer sind und vorwiegend in Rückzugsgebieten leben, die für eine wirtschaftliche Inwertsetzung nur bedingt in Frage kommen. In diesen Ländern besitzen die aus Afrika stammenden Gruppen regional größere Anteile, sind bisher aber mit Ausnahme von Panama-Stadt nur in geringem Maße aus den Wohngebieten im karibischen Küstenbereich in die übrigen Landesteile vorgedrungen, was zum Teil durch eine restriktive Migrationspolitik bedingt war. In El Salvador wie auch in den pazifischen Bereichen der übrigen zentralamerikanischen Kleinstaaten ist der Assimilationsprozess zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen so weit fortgeschritten, dass eine Mischbevölkerung entstanden ist, in der ethnisch-linguistische Konflikte gegenüber wirtschaftlichen und sozialen Problemen zurücktreten.

3. Besiedlung, Verkehrserschließung und jüngere Regionalentwicklung

Die heutige Verbreitung und Verdichtung der Bevölkerung sowie die sozio-ökonomische Situation lassen sich durch den zeitlichen Ablauf und die Intensität der Landnahme und Verkehrserschließung erklären. Das Netz der Städte in den Kerngebieten der Kleinstaaten geht in seiner Anlage auf die kolonialspanische Zeit zurück, als sich die Besiedlung noch auf isolierte Zellen im zentralen Hochland und im wechselfeuchten Pazifischen Tiefland beschränkte. Erst im Verlauf des 20. Jahrhunderts sind die Siedlungsiseln zu mehr oder weniger geschlossenen Komplexen zusammengewachsen. Nach 1930 verstärkte sich die Erschließung der Tiefländer durch bäuerliche Agrarkolonisation und Großgrundbesitz. Hierbei kam dem Ausbau des Straßennetzes besondere Bedeutung zu. Insbesondere der Bau der Carretera Interamericana und ihrer Zubringer, der durch die USA während des Zweiten Weltkrieges zur Absicherung des Panama-Kanals vorangetrieben wurde, führte zur ersten durchgehenden Verbindungsachse zwischen den Kleinstaaten und hat neue Landesteile erschlossen. Der zunehmende Kraftwagenverkehr stärkte nach 1950 die Entwicklung in den Randgebieten. Während die Bahn bald nur noch von nachgeordneter Bedeutung war, haben sich die auf die Metropolen ausgerichteten Hauptverkehrsstraßen rasch entwickelt. Der mit internationaler Finanzierung in den 1960er und 1970er Jahren energisch vorangetriebene Wegebau führte zu einer Vernetzung des öffentlichen Transports und zu einer funktionalen Integration der unterschiedlich strukturierten Landesteile. Bei sinkenden Reisezeiten und Transportkosten kam es

zu einer Attraktivitätssteigerung der Hauptstadtregionen und zur Ausbildung größerer Metropolen.

Wachsende Verstädterung wird als ein wichtiger Schritt im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung und Modernisierung eines Landes angesehen. Empirische Untersuchungen belegen, dass mit der Konzentration der Einwohner in größeren Siedlungen eine Erhöhung des Volkseinkommens verbunden ist. Art, Ausmaß und Tempo der Verstädterung haben aber insbesondere in Ländern der Dritten Welt zu wachsender sozialer und ökonomischer Ungleichheit und zu gravierenden Problemen geführt (Portes/Lungo 1992). In den Kleinstaaten waren die Städte am Wachstum überproportional beteiligt, ihre Steigerungsraten lagen annähernd doppelt so hoch wie die natürliche Bevölkerungszunahme, was darauf hinweist, dass die Abwanderung aus den Landgebieten eine wesentliche Ursache des Verstädterungsprozesses darstellt.¹ Die Bedeutung der Stadt im ökonomischen und sozialen Entwicklungsprozess wird bestimmt durch ihre Funktion als zentraler Ort, als industrieller Pol oder als Innovationskern und als politisches Macht- und Entscheidungszentrum.

Der Anteil der **Kleinstädte** an der urbanen Bevölkerung auf der Landbrücke ist in den 1960er und 1970er Jahren allerdings von 31% auf 26% zurückgegangen. Der relative Bedeutungsverlust erklärt sich aus Zuwachsraten, die nur halb so groß waren wie bei den Mittelstädten und nur ein Viertel der Metropolen betrug. Diese Zahlen machen deutlich, dass die Kleinzentren nicht ihren natürlichen Bevölkerungszuwachs binden konnten und Migranten in die größeren Städte abgaben (Nuhn 1997). Die Stagnation der Kleinstädte wird durch ihre Struktur und die Funktion im Siedlungssystem bestimmt. Ihre physische Infrastruktur ist durchweg mangelhaft ausgebildet. Die Hauptaufgabe besteht in der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen für das ländliche Umland. Sie sind Markt- und Einkaufsorte, bieten eine mehr oder weniger ausgeprägte Grundversorgung im schulischen und medizinischen Bereich und sind Sitz der niederen Verwaltung. Eine weitere Funktion besteht in der Vermittlung von Nachrichten über Post, Telegraph oder Telefon und in der Organisation des Transports von Personen und Gütern in die größeren Zentren. Sie sind Sammelstellen für ländliche Produkte

1 Probleme ergeben sich bei der Auswertung der Städtestatistik. Eine kritische Analyse der Volkszählungsergebnisse in den Kleinstaaten verdeutlicht, dass sehr unterschiedliche Verfahren und Definitionen des Stadtbegriffes verwendet wurden. In Tab. 1 werden die in den Ländern verwendeten Daten wiedergegeben.

zur Weiterleitung auf den Inlandsmarkt oder in die Hafenstädte zum Export. Teilweise haben sie auch Funktionen für den Tourismus übernommen.

Für diese Aufgaben wird nur eine beschränkte Zahl von Arbeitskräften benötigt. Ein Teil der Bevölkerung ist deshalb noch auf Beschäftigung im primären Sektor angewiesen. Dem produzierenden Gewerbe kommt nur vereinzelt dort Bedeutung zu, wo die Verarbeitung bzw. Aufbereitung von Agrarprodukten erfolgt oder wo Niederlassungen von Lohnveredelungsbetrieben errichtet wurden. An der Spitze der sozialen Hierarchie stehen deshalb Landbesitzer und Händler. Da der aktive jüngere Bevölkerungsanteil wegen des Mangels an geeigneten Arbeitsstätten zur Abwanderung gedrängt wird, bleiben die verkrusteten sozialen und politischen Strukturen erhalten. Die Kleinzentren wirken dadurch nicht impulsgebend auf das Umland, sondern reagieren eher auf Entwicklungen im Hinterland. Kommt es hier zu Investitionen in touristische Projekte oder in die landwirtschaftliche Marktproduktion, ergeben sich auch positive Folgen für die Zentren.

Bei den Mittelstädten steht wenigen dynamisch wachsenden Gewerbe- und Handelszentren eine größere Zahl stagnierender Provinzhauptorte gegenüber. Neben den Spezialfunktionen, die sich aus der Lage im Verkehrsnetz sowie aus gewerblichen Standortvorteilen ergeben, bildet die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen auch in dieser Gruppe die wichtigste stadterhaltende Funktion. Beim Groß- und Einzelhandel sowie bei der Versorgung mit höherrangigen Dienstleistungen haben die Mittelstädte aber durch den Ausbau der Verkehrsanbindung zu den Metropolen an Bedeutung verloren. Vielen Landbewohnern der Kleinstaaten erscheint es günstiger, für die Erledigung ihrer Anliegen direkt die Hauptstadt aufzusuchen, die durchweg in wenigen Stunden mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen ist. Die jüngere Entwicklung der Mittelstädte wird deshalb von einem relativen Zurückbleiben hinter den Hauptstädten gekennzeichnet. Beschäftigungsmöglichkeiten sind für die qualifizierten Kräfte und für die Zuwanderer aus den Landgebieten in gleicher Weise ungünstig. Eine verstärkte Migration, die sich vorwiegend auf die Hauptstadt konzentriert, ist die Folge. Die Abwanderung aus den Mittelzentren umfasst sowohl Angehörige der Ober- und Mittelschicht als auch angelernte Kräfte, die in der Folge durch weniger qualifizierte Zuwanderer aus den Kleinstädten und Landgebieten ersetzt werden.

Die Mittelstädte stellen somit eine räumliche und soziale Zwischenstation für den Weg in die Metropolen dar. Die Wanderungen wirken selektiv im Sinne eines *brain drain* und schwächen die kleineren Zentren. Es fehlt

den Mittelstädten in der Regel an Eigengewicht für eine dynamische Entwicklung. Sie besitzen zwar ein gewisses Potential für die ökonomische und soziale Modernisierung, können diese Chance aber wegen vieler Hemmnisse kaum nutzen. Die Rolle der Klein- und Mittelstädte im regionalen Entwicklungsprozess ist zumeist passiv, sie fungieren als Vermittler zwischen Zentrum und Peripherie und erhalten in diesem Zusammenhang nur geringe Wachstumsimpulse. Ihr Einfluss auf die Entwicklung des agraren Hinterlandes ist begrenzt, Innovationseffekte lassen sich kaum feststellen.

Städtewachstum ist in Zentralamerika weitgehend gleichzusetzen mit **Metropolisierung**. In den Größenklassen über 300.000 Einwohner finden sich mit einer Ausnahme von San Pedro Sula/Honduras nur die Landeshauptstädte. Ihr Anteil an der Stadtbevölkerung lag bereits 1970 im zentralamerikanischen Durchschnitt bei 55%, in Panama sogar bei 75%. Bei den überproportionalen Wachstumsraten hat sich ihre herausragende Stellung in den letzten Jahrzehnten weiter verstärkt (Nuhn/Ossenbrügge 1987; Fernández/Lungo 1988). Die Ballung der Einwohner in der größten Stadtregion wird begleitet von einer sich verstärkenden Konzentration der wirtschaftlichen und politischen Macht. Weit mehr als die Hälfte der Industrie, des Handels sowie des Bank- und Finanzwesens ist in den Metropolen angesiedelt. Neben dem privaten Sektor kommt der öffentlichen Hand als Arbeitgeber in Verwaltung, Erziehungswesen und Gesundheitsdiensten besondere Bedeutung zu. Die städtische Infrastruktur ist vergleichsweise gut ausgebaut, das Angebot an Gütern und Dienstleistungen reichhaltig.

Unter diesen Voraussetzungen ist es verständlich, dass ein starker Migrationsstrom auf die Metropolen gerichtet ist, der allerdings nur z.T. integriert werden kann. Das auf die Hauptstädte ausgerichtete Verkehrsnetz begünstigt den schnellen Transport von Personen und Gütern aus dem Hinterland und erlaubt zugleich in umgekehrter Richtung eine effektive direkte Kontrolle der Mittel- und Kleinstädte. Die dynamische wirtschaftliche Entwicklung erleichtert die Gründung neuer Betriebe im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich, der Handel profitiert von der raschen Bevölkerungszunahme und der Konzentration der Kaufkraft in den Metropolen. Damit sind die Voraussetzungen zum Aufbau einer wachsenden Mittelschicht gegeben. Soziale Mobilität und Lernbereitschaft begünstigen die Aufnahme von Neuerungen und lassen die Hauptstädte zu Innovationszentren werden. Die zentralistisch aufgebaute Verwaltung und politische Organisation erleichtern die polarisierende Wirkung und verstärken die Dominanz der Metropolen im Städtesystem.

Das Ergebnis dieser Entwicklung manifestiert sich in zunehmenden räumlichen Disparitäten. Durch selektive Migration verändern sich die traditionellen Wohn- und Geschäftsviertel im Innenstadtbereich. Die alten Stadtkerne verlieren Funktionen an neue Dienstleistungszentren in der Nähe moderner Wohnviertel im suburbanen Bereich. Die Ober- und Mittelschicht zieht sich in "gated communities" zurück. Der informelle Wirtschaftssektor breitet sich im Zentrum auf öffentlichen Plätzen und Gehwegen aus und macht die sich verschärfenden interregionalen und intraurbanen Ungleichheiten bei Einkommen, Beschäftigung und Versorgung sichtbar (Menjívar/Pérez 1989). Chronische Versorgungsprobleme bei Wohnraum, Trinkwasser und Abfallbeseitigung treten in den ausgedehnten Marginalvierteln auf. Die Verdichtung des Verkehrs vermehrt die Immissionen. In der Folge sozialer und politischer Spannungen erhöht sich die Kriminalität. Die Entwicklungen in Nicaragua, El Salvador und Guatemala gegen Ende der 1970er Jahre haben die gesellschaftlichen Konsequenzen manifest werden lassen. Die Metropolen sind auf Kosten der übrigen Städte und des agrarischen Hinterlandes gewachsen. Sie absorbieren die Ressourcen der Peripherie und ziehen die ausländischen Direktinvestitionen an. Untersuchungen belegen, dass nicht nur der private Wirtschaftssektor, sondern auch der Staat trotz bestehender Dezentralisierungspläne die Metropolisierung begünstigte. Programme für eine ausgeglichene ökonomische und soziale Landesentwicklung durch Stadt- und Regionalplanung hatten wenig Erfolg, weil sie nicht von tiefgreifenden politischen Entscheidungen mit langfristiger Perspektive begleitet waren (Nuhn/Ossenbrügge 1988).

4. Ansätze für eine Überwindung der strukturellen Benachteiligung der Kleinstaaten

Eine plausible Lösung zur Behebung der strukturellen Probleme kleiner Staaten liegt in der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit, d.h. in einer Integration unterschiedlicher Ausgestaltung und Reichweite. Hierfür gibt es auch in Zentralamerika vielfältige Ansätze und Erfahrungen. Die geringsten Erfolge wurden bisher bei Bemühungen um eine tiefgreifende politische Einigung erzielt. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, dass kleine Territorien in besonderem Maße auf die Wahrung ihrer Identität bedacht sind und wenig Bereitschaft zur Aufgabe der im Rahmen der Entkolonialisierung gewonnenen Souveränität zeigen.

In Zentralamerika wurden zwischen 1821 und 1961 mehr als 25 vergebliche Versuche unternommen, die räumlich benachbarten und soziokulturell

eng verwandten Kleinstaaten zusammenzuschließen (Karnes 1961). Auch die 1951 gegründete Organisation der Zentralamerikanischen Staaten (ODECA) führt nur ein Schattendasein. Nach den Erschütterungen durch die Bürgerkriege in El Salvador, Nicaragua und Guatemala sowie der Verschuldungskrise in den 1980er Jahren, die auch die übrigen Kleinstaaten hart getroffen hat, kam es mit Unterstützung aus Europa und Nordamerika 1991 zu einer Initiative für Frieden, Demokratie und nachhaltige Entwicklung, die sich im *Sistema de la Integración Centroamericana* (SICA) konkretisierte. Bis 1995 ratifizierten die Mitglieder des *Mercado Común Centroamericano* (MCCA) das Vertragswerk und später traten auch Panama, Belize und die Dominikanische Republik bei. Das oberste Beschlussgremium bilden die Staatspräsidenten, daneben besteht ein Beirat, in dem auch die Zivilgesellschaft vertreten ist, und die Geschäfte führt ein Generalsekretär, der allerdings erst kürzlich feststellen musste, dass der Stand der Integration unbefriedigend geblieben ist. Auch das Zentralamerikanische Parlament hat keine echten Entscheidungskompetenzen erhalten.

Erfolgreicher sind zeitweise die Bemühungen um die wirtschaftliche Kooperation verlaufen (Cáceres 1980; Lizano 1982; Bulmer-Thomas 1988). Nach intensiven Verhandlungen in den 1950er Jahren und Teilverträgen zwischen einzelnen Ländern wurde 1960 ein Vertrag zur wirtschaftlichen Integration von Guatemala, El Salvador, Honduras und Nicaragua unterzeichnet. 1962 trat als fünftes Land Costa Rica bei. In den folgenden Jahren gelang es, den Freihandel teilweise zu verwirklichen und gemeinsame Außenzölle zu schaffen. Eine darüber hinausgehende Koordination der Finanz- und Industrialisierungspolitik wurde aber nicht realisiert, so dass die Integration auf der Stufe einer begonnenen **Zollunion** verharrte, und der Gemeinsame Markt (MCCA) nur eine Vision blieb. Nach kriegesischen Auseinandersetzungen zwischen Honduras und El Salvador 1969 waren die politischen Gremien nicht mehr funktionsfähig und der Austritt von Honduras 1974 schwächte die Entwicklung weiter, so dass auch die anfänglichen Erfolge der importsubstituierenden Industrialisierung erlahmten. In der Folge der Energiekrise der 1970er Jahre und der **Verschuldungsprobleme** der 1980er Jahre sowie der andauernden sozialen und militanten Unruhen kam es zum weitgehenden Erliegen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im MCCA (Camacho et al. 1979; Lundahl/Pelupessy 1989; Nuhn 1991). Auch nach der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung in den 1990er Jahren, die den Güteraustausch erneut anwachsen ließ, konnte keine nachhaltige Wiederbelebung der Umsetzung von Zielen der wirtschaftlichen Integration des

Gesamtraumes erreicht werden. Bilaterale Wirtschaftsabkommen, verstärkte Orientierung am US-Markt und Dollarisierung traten an die Stelle gemeinsamer wirtschaftlicher Aktionen.

Andere Ansatzpunkte zur Überwindung der wirtschaftlichen Strukturprobleme ergaben sich nach der erfolgreichen Gründung des Kartells der Erdölproduzierenden Staaten 1973 (OPEC). In Mittelamerika wurde für den Bananensektor ein ähnlicher Zusammenschluss angestrebt. Zeitlich begrenzte Teilerfolge erzielte die Union der Bananenproduzierenden Länder (UPEB) mit Sitz in Panama, der u.a. Guatemala, Honduras, Costa Rica und Panama angehörten. Während neue Exportsteuern durchgesetzt werden konnten und in einigen Ländern der Einfluss der multinationalen Fruchtgesellschaften erheblich zurückgedrängt wurde, blieben Versuche zur Gründung eigener Vertriebsunternehmen mit staatlicher Beteiligung wie COMUNBANA oder für den Transportsektor NAMUCAR erfolglos.

Die Hauptursache für die nachlassenden Bemühungen um eine Realisierung von Vorhaben zur wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit der Kleinstaaten lagen in der Einführung eines neuen Wirtschaftsmodells unter dem Einfluss der internationalen Finanzinstitutionen, das mit einer Deregulierung und Weltmarktöffnung die Überwindung der strukturellen Probleme durch Spezialisierung auf wettbewerbsfähige Exportprodukte anstrebt (Timossi 1989; Torres Rivas 1989; Altenburg/Nuhn 1996; Nuhn/Stamm 1996). Die Rahmenbedingungen hierfür waren durch die im GATT vereinbarten Zollsenkungen und die Bemühungen der WTO um eine Erleichterung des Handelsaustausches sowie in den Präferenzen der USA für einen Marktzugang der Kleinstaaten im Rahmen der Karibischen Initiative gegeben. Diejenigen Kleinstaaten, die frühzeitig und konsequent den Paradigmenwechsel vollzogen, wie Costa Rica, haben deshalb auch unter Inkaufnahme hoher sozialer Kosten mit neuen agrarischen Exportinitiativen und durch die Ansiedlung von Weltmarktfabriken Erfolge erzielt (Sojo 1998; Nuhn 2000).

Stärkere praktische Bedeutung haben die seit Mitte der 1990er Jahre vom MCCA, vom *Triangulo Norte* (Verbund Guatemala, El Salvador, Honduras) und von Einzelstaaten mit Drittländern wie Mexiko, Chile, Panama, Dominikanische Republik und Kanada abgeschlossenen Freihandelsabkommen erlangt, die 2004 durch einen Vertrag mit den USA gekrönt wurden (Hornbeck 2004; Minkner-Bünjer 2004). Die Voraussetzung für das durch die USA zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung ihres „Hinterhofs“ angeregte US-Central American Free Trade Agreement (CAFTA) waren eine Reform der Organisationsstrukturen des MCCA sowie die Ver-

wirklichung der Zollunion. Durch CAFTA werden die bisher einseitig und zeitlich begrenzt durch die USA gewährten Handelspräferenzen auf eine bilaterale Basis gestellt.

Die Zusammenführung der sehr ungleichgewichtigen Wirtschaftsräume bietet den im MCCA verankerten Kleinstaaten zwar gute Exportchancen auf dem großen US-Markt, gefährdet aber zugleich die kaum wettbewerbsfähigen Bereiche des Kleingewerbes und der Landwirtschaft, die am Binnenmarkt orientiert waren und der Konkurrenz des Weltmarktes nicht gewachsen sind. Mit vielen Betriebsschließungen, hoher Arbeitslosigkeit und sozialen Unruhen muss gerechnet werden, und es bleibt abzuwarten, ob die Exportwirtschaft die Verluste kompensieren kann. Noch ist fraglich, ob das Konzept einer Verbindung von regionaler Integration mit Weltmarktöffnung (*regionalismo abierto*) mittelfristig die Strukturprobleme der Kleinstaaten mildern und zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Bevölkerungsschichten beitragen kann.

Weitere Möglichkeiten zur Überwindung der aus der marginalen Lage kleiner Länder resultierenden Probleme ergeben sich aus der konsequenten Nutzung der modernen Kommunikationstechnologien. Hierdurch können die durch mangelnde Information und geringe weltweite Präsenz bedingten Handicaps mit vergleichsweise geringen Kosten behoben werden. Das Internet bietet Chancen für globale Aktivitäten durch eine direkte Nutzung von Angebot und Nachfrage ohne stärkere zeitliche Verzögerungen und größere Transportprobleme. Innovationen können früher aufgenommen bzw. für die Entwicklung und den Verkauf neuer Produkte genutzt werden. In einigen Staaten wie in Costa Rica wird deshalb konsequent die Ausbildung für den Einsatz der Informationstechnologien propagiert und die Softwarebranche im Kontext der Technischen Hochschule gefördert (Stamm 2003). Erfolge bei der Ansiedlung von INTEL und beim Aufbau junger Softwareunternehmen scheinen den Entwicklungspfad zu bestätigen. Auch Lernprozesse im Zusammenhang mit der Ausweitung der *Maquila* in Ländern wie Honduras und El Salvador weisen in diese Richtung. Allerdings muss die weitere Entwicklung erst zeigen, ob es gelingt, Kontinuität zu erreichen und den wachsenden Vorsprung der Industrieländer zu verkürzen. Zumindest für einige Kleinstaaten bieten sich neue Möglichkeiten, die auch entsprechend genutzt werden sollten.

Literaturverzeichnis

- Altenburg, Tilman/Nuhn, Helmut (Hrsg.) (1996): *Apertura comercial en Centroamérica: nuevos retos para la industria*. San José, Costa Rica.
- Armstrong, Harvey W./Read, Robert (1998): "Trade and Growth in Small States: the Impact of Global Trade Liberalisation". In: *World Economy* 21.7: 563-585.
- Bendel, Petra (Hrsg.) (1993): *Zentralamerika: Frieden, Demokratie, Entwicklung?* Frankfurt/Main.
- Bräutigam, Deborah/Woolcock, Michael (2001): *Small States in a Global Economy. The Role of Institutions in Managing Vulnerability and Opportunity in small Developing Countries*. UNU/WIDER Discussion Paper 2001/37, <<http://www.wider.unu.edu/publications/dps/dp2001-37.pdf>> (14.09.2005).
- Brockett, Charles D. (2005): *Political Movements and Violence in Central America*. Cambridge.
- Bulmer-Thomas, Victor (1988): *Studies in the Economics of Central America*. London.
- Cáceres, Luis René (1980): *Integración económica y subdesarrollo en Centroamérica*. Mexiko-Stadt.
- Camacho, Daniel et al. (1979): *El fracaso social de la Integración Centroamericana*. San José, Costa Rica.
- Dunkerley, James (1988): *Power in the Isthmus: a Political History of Modern Central America*. London.
- Easterly, William/Kraay, Aart (2000): "Small States, Small Problems? Income, Growth and Volatility in small States". In: *World Development*, 28.11: 2013-2027.
- Fernández Vázquez, Rodrigo/Lungo Uclés, Mario (Hrsg.) (1988): *La estructuración de las capitales centroamericanas*. San José, Costa Rica.
- Hornbeck, J. F. (2004): *The U.S.-Central American Free Trade Agreement (CAFTA): Challenges for Subregional Integration*. CRS Report for Congress, <<http://fpc.state.gov/documents/organization/20484.pdf>>.
- Karnes, Thomas L. (1961): *The Failure of Union. Central America 1824-1960*. Chapel Hill.
- Kuznets, Simon (1960): "Economic Growth of Small Nations". In: Robinson, Eduardo A. G. (Hrsg.): *Economic Consequences of the Size of Nations*. London, S. 14-32.
- LaFeber, Walter (1984): *Inevitable Revolutions. The United States in Central America*. New York.
- Lizano, Eduardo (1982): *Escritos sobre integración económica*. San José, Costa Rica.
- Lundahl, Mats/Pelupessy, Wim (Hrsg.) (1989): *Crisis económica en Centroamérica y el Caribe*. San José, Costa Rica.
- Menjívar Larín, Rafael/Pérez Sáinz, Juan Pablo (Hrsg.) (1989): *Informalidad urbana en Centroamérica. Evidencias e interrogantes*. Guatemala.
- Minkner-Bünjer, Mechthild (2004): "Freihandelsabkommen USA-Zentralamerika: Bleibt die regionale Integration auf der Strecke?". In: *Brennpunkt Lateinamerika*, 12: 125-139, <<http://www.rz.uni-hamburg.de/IIK/brennpkt/jg2004/bpk0412.pdf>>.
- Nuhn, Helmut (1995): "Neue Konzepte zur wirtschaftlichen Transformation vor dem Hintergrund der Strukturprobleme kleiner Entwicklungsländer Zentralamerikas". In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, 39: 68-81.

- (1997): "Policies of Decentralization and Development of Secondary Cities in Central America: the Case of Costa Rica". In: Lindert, Paul van/Verkoren, Otto (Hrsg.): *Small Towns and Beyond. Rural Transformation and Small Urban Centers in Latin America*. Amsterdam, S. 67-76.
- (2000): "Globalization and Regionalization in Central America". In: Vellinga, Menno (Hrsg.): *The Dialectics of Globalization*. Boulder, S. 163-176.
- Nuhn, Helmut (Hrsg.) (1975): *Zentralamerika. Karten zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur*. Hamburg.
- (1985): *Krisengebiet Mittelamerika. Interne Probleme, weltpolitische Konflikte*. Braunschweig.
- (1991): *Zentralamerika. Ökonomische Integration und regionale Konflikte*. Hamburg.
- Nuhn, Helmut/Ossenbrügge, Jürgen (Hrsg.) (1987): *Polarisierte Siedlungsentwicklung und Dezentralisierungspolitik in Zentralamerika*, Bd. 1. Hamburg.
- (1988): *Polarisierte Siedlungsentwicklung und Dezentralisierungspolitik in Zentralamerika*, Bd. 2. Hamburg.
- Nuhn, Helmut/Stamm, Andreas (Hrsg.) (1996): *Apertura comercial en Centroamérica: nuevos retos para la agricultura*. San José, Costa Rica.
- Pebley, Anne R./Rosero-Bixby, Luis (Hrsg.) (1997): *Demographic Diversity and Change in the Central American Isthmus*. Santa Monica, CA.
- Portes, Alejandro/Lungo, Mario (Hrsg.) (1992): *Urbanización en Centroamérica*. San José, Costa Rica.
- PREALC (1986): *Cambio y polarización ocupacional en Centroamérica*. San José, Costa Rica.
- Reyes, Giovanni E. (2003): "Negociaciones comerciales internacionales de pequeñas economías. Elementos para una estrategia operativa con ilustración de países centroamericanos". In: *Nueva Sociedad*, 187: 19-30.
- Sandner, Gerhard (1969): *Die Hauptstädte Zentralamerikas*. Heidelberg.
- Sevilla, Rafael/Torres Rivas, Edelberto (Hrsg.) (1995): *Mittelamerika. Abschied von der Revolution*. Unkel/Rhein.
- Sojo, Carlos (1998): *Reforma económica, estado y sociedad en Centroamérica*. San José, Costa Rica.
- Stamm, Andreas (2003): "International vernetzte Hochschulen als Ausgangspunkt technologischer Innovationen in Entwicklungsländern? Erfahrungen aus Costa Rica und weiterführende Überlegungen". In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, 47.2: 97-108.
- Streeten, Paul (1993): "The Special Problems of Small Countries". In: *World Development*, 21.2: 197-202.
- Timossi, Gerardo (1989): *Centroamérica. Deuda externa y ajuste estructural: Las transformaciones económicas de la crisis*. San José, Costa Rica.
- Torres Rivas, Edelberto (Hrsg.) (1989): *América Central hacia el 2000. Desafíos y opciones*. Caracas.